



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Linus Förster, Isabell Zacharias, Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Martina Fehlner SPD**

Ergebnisse der Anhörung „Jungsein in Bayern“ ernst nehmen III:

Förderung der LGBTI-Akzeptanz – Aktionsplan gegen Homophobie vorlegen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bis Ende 2017 unter breiter Beteiligung der lesbisch-/schwul-/bi-/trans-/intersexuellen Gemeinschaft, kurz LGBTI-Community, einen Aktionsplan gegen Homophobie zu erarbeiten.

Die Schwerpunkte des Aktionsplans werden in Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern der LGBTI-Community festgelegt, wobei einer der Schwerpunkte Maßnahmen gegen Diskriminierung im Umfeld von Schule und Ausbildung beinhalten soll.

Der Aktionsplan hat zu berücksichtigen, dass es unterschiedlichen Bedarf in städtischen und ländlichen Regionen gibt, und soll diesem angemessen begegnen.

Begründung:

Bayern ist das einzige deutsche Bundesland ohne Aktionsplan gegen Homophobie oder eine vergleichbare Initiative. Dabei gehört die Diskriminierung von Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung leider immer noch zum Alltag. Nicht nur auf bayerischen Schulhöfen gilt der Satz „Das ist ja voll schwul“ als Schimpfwort und Beleidigung. Dies führt gerade in jungen Jahren dazu, dass Jugendliche oft mit ihrer sexuellen Identität hadern, da sie sich nicht akzeptiert und ausgegrenzt fühlen. Ein Beleg hierfür ist nicht zuletzt die vier- bis siebenmal höhere Suizidrate bei LGBTI-Jugendlichen.

Insbesondere in der sexuellen Findungsphase brauchen junge Menschen, die sich in der LGBTI-Community verorten, Unterstützung bei der Selbstfindung ihrer Identität. Wenn sie hier auf Ablehnung und Diskriminierung treffen, führt dies oft zu Selbstzweifeln und Selbstverleugnung. Deshalb ist ein Schwerpunkt des geforderten Aktionsplans auf Schule und Ausbildung zu legen. Dabei ist auf die unterschiedlichen Bedürfnisse in städtischen und ländlichen Regionen angemessen Rücksicht zu nehmen.

Nachdem die Enquete-Kommission des Landtags „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“ bereits 2008 in ihrem Abschlussbericht die Enttabuisierung von Homosexualität gefordert hat, hat nun die zugehörige Anhörung im Juli 2016 ergeben, dass dieser Forderung bisher nicht in ausreichendem Maße nachgekommen wurde.

Ein Aktionsplan gegen Homophobie kann hier entsprechend auf Landesebene Türen öffnen und trägt zum Abbau von Vorurteilen in der Gesellschaft bei. Gleichzeitig ist er ein Signal an die LGBTI-Community, dass auch Bayern sich für Minderheitenrechte stark macht.